

„Es gibt keinen Klimaschutz, der nicht weht tut“

INTERVIEW. Michael Diettrich, Sprecher der Armutskonferenz, über das Arbeitsprogramm der Bundesregierung, die Auswirkungen des Klimaschutzes auf Arme und die Mindestsicherung.

Von Michael Steinlechner
michael.steinlechner@neue.at

Sie sind der ehemaligen türkis-blauen Bundesregierung gegenüber sehr kritisch eingestellt gewesen. Wie sieht dies nun bei Türkis-Grün aus?

Michael Diettrich: Ich orientiere mich an den Sachthemen und Sachbereichen. Was ich am jetzigen Regierungsprogramm ausgesprochen schwach finde, ist die Wirtschaftspolitik. Es taucht überhaupt nicht auf, dass wir im vergangenen Jahr einen deutlichen Einbruch im Wirtschaftswachstum hatten. Es findet sich nichts, um dem wirtschaftspolitisch entgegenzusteuern. Es gibt lediglich eine KÖSt-Reduktion (Körperschaftsteuer), die die Investitionstätigkeit der Unternehmen anregen soll. Wir wissen allerdings mit Blick auf die vergangenen 20 Jahre, dass die Unternehmen ordentlich entlastet wurden, aber die Investitionsquote gesunken ist. Das funktioniert also nicht. Bei der Lohnsteuerreform ist es genau das gleiche.

Inwiefern?

Diettrich: Eine Lohnsteuerreform, die die Nachfrage anregen soll, muss sich auf die unteren 50 Prozent der Einkommen konzentrieren. Zwar sollen im kommenden Jahr zunächst die unteren Steuerklassen entlastet werden, aber wenn man durchgängig entlastet, kommt dabei

heraus, dass wieder mehr als 50 Prozent beim oberen Drittel landet. Leute wie ich brauchen keine Entlastung. Das hat konjunkturell keinen Effekt, und das ist verschleudertes Geld. Da stellt sich auch die Frage, wovon die geplanten Maßnahmen für den Klimaschutz bezahlt werden sollen. Da muss ich die Vorarlberger Landesregierung loben. Diese ist so realistisch, dass sie sagt: „Wir müssen staatlicherseits mehr investieren und sind dafür sogar bereit, in Neuverschuldung zu gehen.“ Wir brauchen momentan wirtschaftspolitisch öffentliche Investitionen. Diese könnte man auch mit Klimamaßnahmen verbinden, aber die werden ja auf Bundesebene jetzt erst einmal entwickelt. Da sehe ich für die Konjunktur schwarz, und ich gehe davon aus, dass wir eine längere Durststrecke haben werden. Was wiederum sozialpolitisch interessant werden wird.

In der Sozialpolitik ist auch die Armutsbekämpfung ein Thema im Regierungsprogramm. Wie bewerten Sie als Sprecher der Armutskonferenz die geplanten Maßnahmen?

Diettrich: Ein erster entscheidender Punkt ist, dass man das Thema Arbeitsmarkt aus dem Sozialressort ausgekoppelt hat. Wenn man Armut bekämpfen will, braucht man den Arbeitsmarkt. Das sehe ich als Grundproblem. Im Sozialkapitel des

Programms steht viel warme Luft drin, aber wenig Konkretes.

Ein klarer Fokus im Programm liegt auf dem Klimaschutz. Kommen da andere Themen zu kurz?

Diettrich: Das Klimakapitel kritisiere ich nicht so sehr wie viele andere, die sagen, es sei sehr schwammig. Es gibt zwar viele Einzelmaßnahmen, aber vieles ist auch noch offen, wie die CO₂-Bepreisung. Ich kann aber durchaus nachvollziehen, dass man sich das gut anschauen und etwas entwickeln muss. Allerdings gibt es Maßnahmen, in die man investieren könnte und die eigentlich klar sind. Beim öffentlichen Verkehr muss man Gas geben. Ob man da mit den zwei Milliarden ein Ausreichen findet, ist fraglich. Eine weitere Sache ist die thermische Sanierung von Wohnhäusern. Das Ziel ist da sehr bescheiden. Es gibt also Maßnahmen, die man schneller angehen und umsetzen könnte. Was mir aber deutlich fehlt, sind Investitionen außerhalb des Klimaschutzes – zum Beispiel in der Pflege. Wenn man mehr Pflegekräfte haben will, wird es nicht reichen, nur mehr auszubilden. Denn der Pflegeberuf – vor allem im Bereich der Altenpflege – ist einfach nicht interessant.

Warum?

Diettrich: Es wird zu wenig gezahlt. Und weil es zu wenig Kräfte gibt, ist auch die Arbeitsbela-

stung außerordentlich hoch. Das heißt, man wird da mehr Geld hineinstecken müssen, um die Menschen besser zu bezahlen. Das sind aber nicht nur Kosten, sondern auch Arbeitsplätze. In Vorarlberg ist ein nicht unwesentlicher Teil des Zuwachses an Arbeitsplätzen der vergangenen Jahre auf den Sozial- und Gesundheitsbereich zurückzuführen. Die Industrie war nicht der Jobmotor.

Welche Rolle spielt der Klimaschutz für Menschen, die in Armut leben oder armutsgefährdet sind?

Diettrich: Das ist ein ganz relevantes Thema, und ich würde es auf die Leute, die in der unteren Einkommenshälfte sind, erweitern. Die Regierung ist blauäugig, wenn sie sagt, dass die Maßnahmen so gestaltet sein sollen, dass sie niemandem weh tun. Es gibt keinen Klimaschutz, der nicht weh tut.

Wieso?

Diettrich: Die Leute im unteren Einkommensdrittel sind nicht die, die die großen SUVs fahren oder viel fliegen. Sie haben also keinen großen ökologischen Fußabdruck, können weniger einsparen. Dazu leben sie oft in Wohnungen, die nicht die beste Dämmung haben, und haben auch höhere Energieausgaben. Daran werden sie nicht viel ändern können. Es sind auch Menschen, die ihr Auto nicht einfach durch ein E-Auto ersetzen können. Durch eine Verteuerung der Energiekosten werden diese Menschen belastet. Das lässt sich nicht einfach mit einem Energiebonus ausgleichen.

Was braucht es?

Diettrich: Ihnen nützt zum Beispiel der Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Da ist man in Vorarlberg viel ambitionierter als im Bund. Es ist ja sogar die Rede von einem Halbstunden-Takt in die Täler hinein. Solche Dinge muss man vorsehen, bevor jemand aus dem Walsertal auf sein Auto verzichten kann. Das ist nicht kostendeckend

möglich, und man muss investieren. Im Regierungsprogramm steht diesbezüglich einiges drin, aber man muss Gas geben. Denn bevor man diese Voraussetzungen nicht geschaffen hat, wird es für viele Menschen problematisch.

Gibt es noch andere Punkte?

Diettrich: In Deutschland gibt es eine Studie, dass 30 Prozent der Arbeitsplätze in der Automobilindustrie wegfallen werden, wenn wir mehr E-Autos produzieren. Und auch in anderen Branchen, die sehr energieintensiv arbeiten, wird es einen Strukturwandel geben, der mit dem Verlust von Arbeitsplätzen verbunden ist. Das wird zu Verunsicherung führen. Politisch ist es ganz wichtig, den Menschen zu vermitteln, dass sie abgesichert sind, falls sie unter den Maßnahmen für den Klimaschutz leiden, indem sie etwa ihren Job verlieren. Wenn wir das in der Sozialpolitik nicht berücksichtigen, werden die Leute nicht mitziehen, und man wird den Klimaschutz politisch gar nicht umgesetzt bekommen.

Zum Thema Wohnen gibt es auch einige Vorschläge im Regierungsprogramm. Wie sehen Sie diese?

Diettrich: Meine Spezialgebiete sind in dem Programm alle etwas unterbelichtet. Die Maßnahmen sind kein Renner. Beim leistbaren Wohnen ist das Hauptproblem, dass der Immobilienmarkt von anlagensuchendem Kapital überschwemmt wird. Wenn man das nicht stoppt, wird es weiterhin große Schwierigkeiten geben. Und darüber steht gar nichts im Programm. Es geht zum großen Teil um kleine Stellschräubchen, die meiner Meinung nach nicht viel bringen werden. Die steigenden Immobilien- und Grundpreise wird man nicht mit Maßnahmen, die nur auf den Wohnungsmarkt zielen, steuern können.

In jüngster Zeit haben auch Miet-Kauf-Modelle und der Eigentumserwerb an Bedeutung gewonnen. Welche Rolle spielen diese?

Diettrich: Ich glaube, dass das für den großen Teil der Menschen, die Unterstützung beim Wohnen brauchen, gar kein Thema ist. In Vorarlberg ist selbst für gut situierte Mittelständler Wohneigentum völlig illusorisch. Ich habe nichts gegen Miet-Kauf-Modelle, und wenn die Vogewosi diese anbietet, aber das ist momentan für den großen Teil der Menschen nicht realistisch. Da muss man deutlicher auf Mieten setzen und den gemeinnützigen Wohnungsbau so abstützen, dass man sich diese auch leisten kann.

Bei der Mindestsicherung ist noch unklar, wie es weitergeht. Was wäre Ihr Wunsch?

Diettrich: Aus meiner Sicht zeigt sich, wie unwichtig dieses Thema für den Gesamthaushalt eigentlich schon immer gewesen ist. Das Pferd ist totgeritten, und man lässt es erst einmal liegen. Pragmatisch hätte ich nichts dagegen, wenn man es wieder „verändert“. In der Gesamtschau wäre es schon gut, wenn man in Österreich nicht überall unterschiedliche Leistungen bekäme. Aber ich glaube, dass das momentan politisch nicht auf einem Niveau durchzusetzen ist, auf dem etwas Positives herauskommt. Ich war ja nie der große Anhänger der Vorarlberger Regelung. Die hat genügend Haken und Ösen. Momentan muss man ja froh sein, wenn man wenigstens die Vorarlberger Lösung wieder bekommt. Und wenn das über eine Verlängerung passiert, hätte ich nichts dagegen.

Wobei so mancher befürchtet, dass eine Verlängerung dazu führt, dass die Betroffenen dorthin gehen, wo sie am meisten Mindestsicherung bekommen.

Diettrich: Das wird völlig übertrieben. Dass so viele nach Wien gehen, hat den Grund, dass Wien eine Großstadt ist – die einzige Großstadt in Österreich. Dazu haben dort viele anerkannte Flüchtlinge ihre Communities. Das ist viel wichtiger als die Höhe der Mindestsicherung. Sonst müssten wir in Vorarlberg ja überschwemmt sein. Sind wir aber nicht.